

Wollte Erhard einen Umverteilungsapparat?

ASU gegen «Sozialisierung der Einkommensverwendung»

Kurz vor dem 100. Geburtstag von Ludwig Erhard hat die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer skizziert, in welchem Ausmass in Deutschland die «soziale Marktwirtschaft» zu einem Versorgungsstaat verkommen ist. Würden sich die Bürger indessen weitgehend in eigener Verantwortung gegen Risiken absichern, bliebe ihnen nicht nur mehr Einkommen, sondern auch mehr Freiheit.

Gy. Bonn, 23. Januar

«Nicht Erhard loben, sondern ihm folgen!» Mit diesen Worten leiten die Vertreter der *Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer* (ASU) ihre jüngste Publikation ein, die Ludwig Erhard zu seinem 100. Geburtstag gewidmet ist. Diese Wendung umreisst nicht nur in kürzester Form wichtige inhaltliche Punkte der Schrift,* sondern stellt auch einen hilfreichen Kontrast zu den Behauptungen und Sprüchen dar, die in jüngerer Vergangenheit von Politikern aus fast allen Lagern zu vernehmen waren. Selbst eingriffslustige und planerisch veranlagte Politiker berufen sich in Deutschland zurzeit auf Ludwig Erhard. Und es ist zu erwarten, dass Regierungsvertreter der obersten Ebenen nächstens versuchen werden, Erhard gleichsam für ihren politischen Kurs zu vereinnahmen, obwohl sie massgeblich dazu beigetragen haben, dass die «soziale Marktwirtschaft» zu einem riesigen *Umverteilungsapparat* verkommen ist.

«Versorgungsstaat à la CDU/SPD»

Thomas Benz, Präsident der ASU, wies bei der Vorstellung der Publikation denn auch auf den scharfen Kontrast hin, der zwischen Erhards damaligen Vorstellungen und dem heutigen *Versorgungsstaat* besteht. Erhard habe eine Gesellschaft von Eigentumsbürgern im Auge gehabt, nicht die Abhängigkeit aller von allen. Wenn heute ein lediger Arbeitnehmer nur noch über 45% seines gesamten Einkommens selber bestimmen dürfe, sei dies nicht sozial, sondern entmündige den Bürger. Dies sei der «Sozialismus des Versorgungsstaates à la CDU/SPD», zumal die CDU selber – damals noch in der Opposition – trotz dem umfangreich ausgebauten Versorgungsstaat seinerzeit eine «neue soziale Frage» entdeckt habe. Mittlerweile zeige sich, dass dieser Versorgungsstaat selbst diese neue soziale Frage sei: Während der Umverteilungsapparat immer grössere Volumen bewege, bleibe dem Bürger netto immer weniger zur eigenen Verfügung. Allein in den letzten fünf Jahren seien die Sozialbeiträge um mehr als einen Drittel gestiegen.

Die Wendung «mehr netto für alle» umschreibt denn auch die Forderung der ASU nach einer grundlegenden Neuordnung der *sozialen Absicherung*. Den Bürgern soll das durch den Versorgungsstaat absorbierte Geld zurückgegeben werden, damit sie in eigener Verantwortung die gewünschte Vorsorge treffen können. Aus der Sicht der Autoren ist ein falsches System mit Reparaturen nicht zu retten; so halten sie denn auch wenig von den hektischen und orientierungslos wirkenden Eingriffen der Regierung etwa in der Steuerpolitik, der Altersvorsorge oder der Krankenversicherung. Die Vorschläge der ASU zielen deshalb auf eine *Ablösung* des Modells «Versorgungsstaat» durch ein neues Leitbild ab, in welchem man den Bürgern wieder mehr Selbständigkeit zutraut.

Die Renten sind nicht sicher

Zu den wichtigsten Ansätzen zählt die *Privatisierung der sozialen Sicherung*. Diese Absiche-

rung soll vom Arbeitsvertrag getrennt und soweit als möglich wieder in Märkte eingegliedert werden. Wie eine frühere Studie der ASU ergeben hat, lässt sich die dadurch möglicherweise erreichbare *Entlastung* bei den Sozialversicherungsbeiträgen gar mit einem Zahlenspiel veranschaulichen: Machen heute die Beitragssätze in der Summe etwa 42% des gesamten Einkommens aus, so kämen die Bürger unter freieren Bedingungen mit einer steuerlichen Belastung von 24% davon. Die Hilfe der Gemeinschaft würde nicht mehr gleichsam mit der Giesskanne über alle ausgeschüttet, sondern käme nur noch jenen zugute, die sich tatsächlich als bedürftig erweisen.

Mit Blick auf die *Altersvorsorge* bedeutet dies, dass die Versicherungspflicht nur noch für ein einheitliches Minimum etwa auf dem Niveau der Sozialhilfe gälte; und selbst diese Mindestabsicherung wäre längerfristig durch Kapitalbildung zu decken. Die Experten der ASU sind sich der Probleme beim Übergang zu einem neuen System bewusst, sie hoben jedoch hervor, dass dieser Übergang langfristig zu planen sei und dass die Alternative dazu die schon deutlich wahrnehmbare *Unsicherheit* sei, die bei einer Fortsetzung der heutigen Improvisationen und unberechenbaren Ad-hoc-Reparaturen erst recht wachsen werde. Jedenfalls seien die Renten nicht sicher: Würde die soziale Sicherung ihre Dynamik beibehalten und die Überalterung der Bevölkerung so weitergehen wie bisher, müsste für das Jahr 2040 mit einer Gesamtgabenbelastung von mehr als 75% gerechnet werden.

Direkte Demokratie als Hebel?

Auch, mit Blick auf Einkommensverluste bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit oder bei Unfall könnte die *Pflichtversicherung* auf ein Minimum beschränkt und von konkurrierenden Anbietern erbracht werden. Beim Wohnungsbau, bei der Stützung nicht rentabler Arbeitsplätze oder bei der Ausbildung an Universitäten müssten Hilfestellungen nicht in teurer, flächendeckender Weise über alle ausgeschüttet werden. Würde den Leuten von Anfang an weniger weggenommen, könnten sie auch gezielter entscheiden, wofür sie ihr Geld einsetzen wollen. Schliesslich sollte der wirtschaftliche Spielraum durch «mehr netto» nach Ansicht der Autoren ausreichen, um auch das Aufziehen und Erziehen von Kindern wieder zur privaten Angelegenheit der Familien werden zu lassen.

Es ist indessen zu vermuten, dass die tägliche Politik in einer *indirekten Demokratie*, wie Deutschland sie kennt, nicht allzu viele Ansatzstellen für politische Initiativen bietet. Dennoch sind die Vertreter der ASU zuversichtlich, dass die desolante Lage der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung oder die riesigen Schuldenberge der öffentlichen Haushalte Politiker und Interessenvertreter zur Suche nach stabileren Lösungen antreiben werden. Zudem zählen die Autoren der Studie darauf, dass die *direkte Demokratie* nicht nur auf Länderebene, sondern auch auf Bundesebene stärker Fuss fassen und zu einer schärferen Kontrolle der Berufspolitiker führen wird.

* Mehr Netto für alle; vom Versorgungsstaat zum Sozialstaat. Schriftenreihe des Unternehmerinstitutes UNI, Bonn, 1997.